

Prostituierte wollen Zuhälter aussperren

Das älteste Gewerbe der Welt modernisiert sich – doch noch immer werden Frauen ausgebeutet / Fachtagung im Norden über die käufliche Liebe

Kiel Im Milliarden-Geschäft mit der Prostitution kündigt sich eine Revolution an. An ihrer Spitze steht eine zierliche Frau mit kurzem Haar und blauen Augen. Johanna Weber (45), studierte Pädagogin und Domina. Die Ziele der Berlinerin sind ehrgeizig: Die Zukunft im ältesten Gewerbe der Welt soll einmal den selbstbestimmten Sexarbeiterinnen gehören. Ausbeuter sollen nicht mehr mitverdienen.

Über hundert Gleichgesinnte hat Johanna Weber bereits um sich geschart und am Donnerstag will sie im Norden andere Sexarbeiterinnen für ihre Idee begeistern. Sie ist Gast auf der Fachtagung „Prostitution in Schleswig-Holstein“ in Kiel-Altenholz. Dort werden Referenten auch über die andere Seite der käuflichen Liebe sprechen, die dunkle Seite, befeuert vom Strom der Frauen aus Osteuropa.

„Es ist Zeit, das Bild unserer Berufsgruppe zu ändern“, sagt Johanna Weber. „Noch immer wird unser Gewerbe mit Zwangsprostitution gleichgesetzt, was die Wirklichkeit verzerrt. Viele Frauen wählen diesen Beruf freiwillig und vielen Sexarbeiterinnen geht es gut.“ Johanna Weber zählt sich dazu. Vor fünf Jahren hat sie ihren Job gekündigt, ist seitdem hauptberuflich Prostituierte. „Zärtliche Dominanz mit Intelligenz“, ist ihre Selbstbeschreibung. „Ich wollte frei sein und selbst entscheiden, wie viel ich arbeite“, erklärt sie. „Außerdem war ich schon immer ein erotischer Mensch, der Spaß am Sex hat.“

Weber betont, dass es möglich sei, ohne Zuhälter Geld zu verdienen und engagiert sich für den Umbruch. Im April hat sie die Internetseite „sexworkerdeutschland.de“ ins Leben gerufen. Dort heißt es: „Wir sind keine Opfer! Wir nennen uns Sexworker, und diese Dienstleistung bieten wir gut und gerne an.“

Es gibt Frauen, die diese Aussage nicht teilen dürften. Sie gehören, wenn man so will, zur Unterschicht der Lustbran-

che. Silke Dörner (56) trifft sie regelmäßig. Die Kieler Kriminalhauptkommissarin arbeitet in der Ermittlungsgruppe Milieu. „Der überwiegende Teil der Prostituierten kommt momentan aus Rumänien und Bulgarien“, sagt sie. „Vielfach gehören sie zur Minderheit der Sinti und Roma, können oft nicht einmal lesen und schreiben.“ In Kleinbussen werden sie nach Schleswig-Holstein gebracht, manchmal kommen sie auch mit Überlandbussen zum Kieler ZOB an. „Steigen die Frauen aus, haben sie bereits Schulden bei denjenigen, die ihre Fahrt bezahlt haben“, erklärt die Kommissarin. „Die fehlenden Sprachkenntnisse und das fremde Land machen sie zu schwachen Frauen, die auch in der Folge immer weiter abkassiert werden.“

Zur Prostitution gezwungen werden sie allerdings nicht. „Der Nachschub an Frauen ist schier unerschöpflich, weil die Zustände in den Heimatländern unvorstellbar schlecht sind. Oft leben 20 Angehörige in einem Zimmer – oder die Heimat der Familie ist eine Müllkippe.“ Antrieb ist also die ökonomische Not. Den Frauen sei auch klar, auf welche Weise sie in Deutschland Geld verdienen sollen, betont Dörner. Aber nicht, was sie erwarten.

Billig-Akt im Teestuben-Klo Die Organisatoren der Reise schicken die Frauen ins Kieler Rotlichtviertel, in die Wirtschaftsbüros der Laufhäuser. Das sind Bordelle, in denen Prostituierte ein Zimmer mieten und bei geöffneter Tür auf Freier warten. „Die Laufhäuser fördern eine extrem hohe Zimmermiete von 110 bis 115 Euro pro Tag“, erklärt Dörner. „Eine Prostituierte braucht allein schon vier Freier, um das zu bezahlen.“ Nur 30 Euro kostet der Sex momentan. Manchmal auch nur einen Bruchteil davon. „In Kiel Gaarden gibt es ein Phänomen, das wir Caféhaus-Prostitution nennen. In kleinen Cafés oder Teestuben werden die Modalitäten besprochen, auf der Toilette wird der Akt dann vollzogen. Hier wissen wir,

dass Frauen sich sogar mit einer Schachtel Zigaretten haben bezahlen lassen.“

Gleichzeitig machen die Beamten der Ermittlungsgruppe Milieu eine paradoxe Beobachtung: „Die Frauen haben trotz allem nicht das Gefühl, ausgebeutet zu werden“, berichtet Dörner. „Sie sehen sich nicht als Opfer, weil es ihnen nach ihrem Empfinden hier besser geht als in ihrer Heimat.“ Entsprechend gering ist die Zahl der Anzeigen wegen ausbeuterischer Zuhälterei. Gerade einmal zwei waren es laut polizeilicher Kriminalstatistik 2012.

„Und es gab in der Vergangenheit nur wenige Verfahren, die zu Haftstrafen führten“, weiß Dörner. „Die Frauen sind meist nicht aussagebereit, weil ihnen das Vertrauen zur Polizei fehlt.“ Oft aber drängten auch ihre Familien, weiter in der Prostitution zu arbeiten. „Sie erwarten, dass Geld kommt.“ So wird das Leben ertragen – und was an kargem Gewinn bleibt, geht per Western Union in die Heimat.

Gütesiegel für Bordelle? Um die Lage der Frauen zu verbessern, suchen die Milieu-Ermittler das persönliche Gespräch, verteilen Flyer in zwölf Sprachen, die Prostituierte über ihre Rechte informieren. Darin abgedruckt ist auch die Adresse der Beratungsstelle Contra, die von Land und Nordkirche finanziert wird. Contra hat die Fachtagung organisiert. „Wir wollen klären, was wir zur Verbesserung der Situation von Prostituierten brauchen“, sagt Mitarbeiterin Surja Stülpe (30). „Der Menschenhandel geht zwar zurück, da die Frauen vielfach eben nicht mehr zur Prostitution gezwungen werden müssen. Trotzdem geraten sie in tiefe ökonomische Abhängigkeiten.“

Welche Lösung hat Revolutionärin Johanna Weber für dieses Problem? Sie gibt zunächst zu: „In unserer Branche finden sich mehr schwarze Schafe als anderswo. Und deutsche Frauen haben es natürlich leichter. Eine Domina wie ich vermarktet sich selbst, mietet Räume

tage- oder wochenweise. Viele Kolleginnen machen das genauso, werben über das Internet und treffen sich mit ihren Freiern in Modelwohnungen. Hilfe für ausländische Prostituierte könnte ihrer Meinung nach ein Gütesiegel für Bordelle sein. „Wir planen das als mittelfristige Idee. Die Frauen könnten daran ablesen, ob ein fairer Geschäftsmann ihnen gute Arbeitsbedingungen bietet. Und auch die Freier hätten eine Orientierung.“ Kriminalhauptkommissarin Dörner zweifelt an der Umsetzbarkeit. „Wer

soll das Siegel vergeben?“, fragt sie. Sinnvoller wäre eine Konzessionierung von Bordellbetrieben. In Deutschland kann derzeit jeder ein Bordell eröffnen – auch vorbestrafte Menschenhändler, Vergewaltiger oder Gewalttäter. Anders als etwa beim Betrieb einer Gaststätte ist keinerlei Genehmigung notwendig. Bräuchten Bordelle eine Erlaubnis, um zu eröffnen, könnten die Behörden die Zuverlässigkeit des Betreibers prüfen, schriftliche Verträge mit Prostituierten einfordern sowie ein Zugangsrecht für Beratungsstellen vorsehen. Verstöße

würden mit Bußgeldern geahndet. Aber möglicherweise endet in absehbarer Zeit die Ära der Etablissements im Rotlichtviertel. Der Strom von osteuropäischen Frauen wird laut Polizei zwar weiter zunehmen. „Doch wir bemerken bereits, dass immer mehr Freier die Anonymität bevorzugen. Sie wollen nicht mehr ins Bordell, sondern suchen sich Kontakte über das Internet, treffen die Prostituierten dann in Modelwohnungen.“ *Eckard Gehm*

Husumer Nachrichten vom 27.08.2013

Husumer Nachrichten

Seite: HUN SEITE 14

Auflage: 21.276 (gedruckt) 19.845 (verkauft)
20.168 (verbreitet)

Resort: Husumer Nachrichten
Galtung: Tageszeitung

Reichweite: 0,07 (in Mio.)

Kreisstadt Husum

Ohne Titelangabe

Husumer Pastor möchte Bischof werden
Christoph Meyns (51), Pastor aus Husum und seit 2012 Mitarbeiter im Dezernat für Theologie und Publizistik im Kieler Landeskirchenamt bewirbt sich um das evangelische Bischofsamt im niedersächsischen Braunschweig. Zur Wahl stellen sich auch der Superintendent Ralph Charbonnier (51) aus

Burgdorf bei Hannover und der lutherische Superintendent Andreas Lange (48) aus dem westfälischen Lemgo. Das teilte die Evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig nach Informationen des Evangelischen Pressedienstes (epd) mit. Der Nachfolger für Bischof Friedrich Weber wird im November von der Landessynode gewählt.

Diakonisches Werk morgen geschlossen
Das Diakonische Werk in der Theodor-Sturm-Straße 7 ist morgen wegen einer internen Veranstaltung geschlossen. Die Substitutions-Sprechstunde und die Tafel-Ausgabe finden allerdings wie gewohnt statt.